

sei. Die christlichen Libanesen haben die Intervention der Arabischen Liga bislang abgelehnt, da sie ohne libanesische Beteiligung beschlossen worden sei. Zunächst sind lediglich kleinere lybische und sudanesishe Einheiten im Libanon eingetroffen.

Das interarabische Gesicht des Libanonkrieges ist im Laufe der letzten Wochen besonders deutlich hervorgetreten. Diese Tatsache sollte jedoch nicht davon ablenken, daß dieser Konflikt von Anfang an bereits ein interarabischer und weit mehr als ein innerlibanesischer war. Es handelt sich im Kern um eine Auseinandersetzung um die Zukunft der Palästinenser – auf libanesischem Boden.

VI. Zukunftsperspektiven: Neuer libanesischer Kompromiß oder „Spanischer Bürgerkrieg“ der Araber?

Gerade die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, wie problematisch jede Prognose zum weiteren Verlauf des Libanonkrieges ist. Hier soll auf jede abschließende Prognose verzichtet und lediglich *einige Perspektiven* möglicher Entwicklungen umrissen werden.

Soweit es sich beim Libanonkrieg um Auseinandersetzungen zwischen Libanesen handelt, erscheint eine *Rückkehr zum libanesischen Kompromiß* durchaus möglich und wahrscheinlich. Der neugewählte Staatspräsident wird auch von denen anerkannt, die ihn nicht gewählt haben. Das Abkommen von Damaskus hat die Grundzüge einer für die überwältigende Mehrheit der libanesischen politischen Kräfte akzeptablen Regelung geschaffen. Wichtiger für eine zukünftige Einigung unter Libanesen sind Ereignisse nach Beginn der syrischen Intervention: führende muslimische Politiker, unter ihnen Premierminister Karami und Parlamentspräsident Assad, flüchteten aus dem palästinensisch besetzten Teil Beiruts in den christlichen Stadtteil Ashrafia, andere nach Damaskus. Eine *Lösung unter Libanesen* wäre aber nur dann möglich, wenn der palästinensische Einfluß ausgeschaltet würde. Dies ist zur Zeit aber nur aufgrund eines neuen und massiven militärischen Eingreifens Syriens möglich – wobei völlig offen ist,

ob Syrien hierzu willens und in der Lage ist. Eine Befriedung des Landes durch Intervention der interarabischen Streitmacht ist wenig wahrscheinlich. Die Zusammensetzung dieser Streitmacht ist derart heterogen, daß durch sie unterschiedlichste und gegensätzliche politische Tendenzen vertreten sein würden, die einen gemeinsamen militärischen Einsatz unwahrscheinlich erscheinen lassen. Nach dem Putschversuch im Sudan kam es am Beiruter Flughafen sogar schon zu Zusammenstößen zwischen Sudanesen und Lybiern. Lybiens Ministerpräsident *Ghaddafi* hat bereits mit dem Einsatz des lybischen Kontingents gegen die Christen gedroht, während syrische Truppen weiter die Palästinenser unter Druck setzen. Sollten die vorgesehenen Kontingente tatsächlich ins Land gelangen, ohne daß zuvor eine politische Einigung erfolgt ist, so ist keineswegs auszuschließen, daß diese Truppen in die Kämpfe verwickelt werden und freiwillig oder unfreiwillig zu internationalen Brigaden eines „Spanischen Bürgerkriegs“ der Araber werden.

Möglich, wenn zur Zeit auch wenig wahrscheinlich, ist immer noch ein militärischer Zusammenbruch des christlichen Libanon. Er könnte eintreten, wenn zum Beispiel aufgrund eines Staatsstreiches in Syrien die syrischen Truppen zurückgezogen und die Palästinenser durch massive Hilfen anderer Staaten die Oberhand gewinnen würden. Eine solche Entwicklung könnte leicht einen israelischen Präventivschlag und damit einen neuen Nahostkrieg auslösen.

Durchaus möglich und nicht unwahrscheinlich ist auch ein *Fortdauern des gegenwärtigen Krieges bei geringerer Kampfintensität* und unter Wahrung der gegenwärtigen Machtbereiche eines dreigeteilten Libanon: des von den Christen gehaltenen Kerngebietes, des der von den Palästinensern besetzten Städten und deren Umgebung sowie des der syrisch besetzten Landgebiete.

Eine dauerhafte und friedliche Lösung des Libanonkonflikts erscheint langfristig nur möglich im Zusammenhang mit einer gerechten und akzeptablen Lösung für die Gruppe, welche den gegenwärtigen Libanonkonflikt auslöste, und die selbst Opfer eines anderen Konfliktes ist: die Palästinenser.

Theodor Hanf

Themen und Meinungen im Blickpunkt

„Als Christ in der politischen Entscheidung“

Ein neues Buch von Helmut Schmidt

Ende Juli erschien im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn ein Taschenbuch (196 S., 6.80 DM) mit Reden und Interviews von Bundeskanzler Helmut Schmidt zum

Thema Staat – Gesellschaft – Kirche. Der Titel: *Als Christ in der politischen Entscheidung*. Hermann Höcherl, ehemaliger Bundesinnen- und Ernährungsminister, jetzt aus

dem Bundestag scheidender Abgeordneter, mit Schmidt aus Fraktions- und Ministerzeiten bestens vertraut, würdigt den Zeitpunkt des Erscheinens und charakterisiert Autor und Werk.

Selbst der schärfste politische Gegner wird Helmut Schmidt Untätigkeit nicht vorwerfen können. Er taucht als Generalinspekteur der größeren Regierungspartei an allen Fronten, den staatlichen und den parteipolitischen, auf. Die usus gewordene Reise- und Besuchsdiplomatie mit Gipfelkonferenzen am laufenden Band transfertiert ihn fast täglich auf den ihm wohlgesonnenen Bildschirm. Der hektische Rhythmus unserer Zeit läßt den urlaubenden Betrachter allein diese Dauerpräsenz als staatspolitischen Faktor erleben. Selbst offenkundig fehlerhafte Schnellentscheidungen in der innenpolitisch motivierten Abhandlung gewisser auswärtiger Beziehungen erfahren in Meinungsumfragen Zustimmung, zumindest bleibt sie ohne die notwendige Korrektur durch die öffentliche Meinung, wie das Aktivisten entschuldigend häufig zuteil wird.

Zum Psychogramm des Autors

Der Bundeskanzler, der sich seiner Rolle als *letztes Aufgebot aus der ausgebluteten Führungsreserve der SPD* mit seinem unbestreitbaren taktischen Geschick sehr wohl bewußt ist, stellt die bevorstehende Wahl ganz auf seine Person ab. Seine vielseitige Begabung, seine rasche, zupackende Auffassungsgabe und ein sicherer Instinkt für taktische Positionen führen ihn auf vielerlei Felder der öffentlichen Darstellung. Ich erinnere mich noch sehr gut an den jungen Verkehrsdezernenten Helmut Schmidt aus Hamburg, der vor 23 Jahren mit mir die Bonner Bühne betrat. Er hielt sich aber nicht sehr lange bei der politischen Verlängerung seines Berufes auf, obwohl schon seine ersten Auftritte auf der rostra des Bundestages zur Verkehrspolitik erkennen ließen, daß dem Hohen Haus ein neues Talent zugewachsen war. Das Epitheton Schmidt-Schnauze, das heute in der anglikanischen Fassung „Schmidt the lip“ in den internationalen Sprachgebrauch eingegangen ist, ist in beiden Fassungen redlich verdient, obwohl das sichtlich schwere Bemühen nicht verkannt werden soll, bei Auftritten im Bundestag, mehr noch im Fernsehen, durch bewußt ruhige Sprache die Metamorphose vom intelligenten Heißsporn zum Staatsmann hervorzukehren. Von gelegentlichen Rückfällen, leider auch im heiligen Tempelbezirk der auswärtigen Beziehungen, abgesehen, scheint das auch zunehmend zu gelingen, wenn ihm Temperament und Gesundheit den Beistand nicht versagen.

Die Außen- und insbesondere die Verteidigungspolitik nahmen ihn bald gefangen. Sicher spielte dabei das erste bestimmende Großerlebnis des Kriegsteilnehmers Schmidt, des Front- und Führungsoffiziers der Luftwaffe eine ausschlaggebende Rolle. Unsere Wege haben sich auch im Amtsbereich gekreuzt. In meiner Zeit als Innenminister des Bundes verwaltete er das Innenressort als Se-

nator in Hamburg. Notstandsgesetzgebung und das als Spiegelaffäre in die Nachkriegsgeschichte eingegangene, vom Bundesgerichtshof judiziell bearbeitete Verfahren wegen Geheimnisverrat gaben für beide Temperamente den Ring zum harten Schlagabtausch, der aber die persönlichen Beziehungen nicht tangierte. Die Hamburger Flutkatastrophe von 1963 gab Schmidt die voll genützte Gelegenheit, Temperament, Führungskraft und Organisationstalent in breiter öffentlicher Anerkennung zu zeigen.

Es ist bei bestandener Hauptprobe kein Vorwurf, wenn ich in seinem Psychogramm diesen Vorgang *als persönlichkeitsprägendes Ereignis* anspreche, das Anlage und Neigung gleichzeitig befriedigte, und vieles von dem, was bis zum heutigen Tag an Informationen über Agieren und Führungsstil von Schmidt bekannt wird, steht in einem eindeutigen Kausalzusammenhang mit diesem Erlebnisbereich.

Das Bild wäre unvollständig, ohne die Nebenregierung Barzel-Schmidt in der Zeit der Großen Koalition zu zitieren. In beachtlicher Harmonie haben die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD sich im *Kreßbronner-Kreis* ein Richtlinien-Instrument geschaffen, das außerhalb der Legalität des Grundgesetzes das amtliche Kabinett zum Schattenkabinett reduzierte. Er mag sich daran in der Erinnerung politisch delectieren, ich glaube aber nicht, daß ein gleiches Verfahren der beiden Koalitionsparteien heute nach seinem Geschmack wäre.

Natürlich sind mit diesem groben Holzschnitt Charakter und Persönlichkeit von Schmidt nicht erschöpfend gezeichnet, was der unmittelbare Anlaß zu diesem Aufsatz rasch ausweisen wird.

Ein gekonnter Wahlkampfbeitrag

Schmidt ist nicht zum ersten Mal als Autor hervorgetreten. Sein Buch „Strategie des Gleichgewichts“ hat Beachtung in der Fachwelt in Ost und West gefunden. Es ist ein sicheres Indiz dafür, daß er gewillt ist, Themen, die ihn anrühren, auch auf den Grund zu gehen. Angestoßen von der Situation der Zeit und seinen Amtspflichten rangiert heute *das Thema Wirtschaft* im national-europäischen-Weltverbund in bewußt gepflegter Anknüpfung an den gelernten Beruf an erster Stelle. Die theoretische Vertiefung, die er im Verteidigungsbereich gesucht hat, steht noch aus. Die Palette aus den Hamburger Studienjahren dürfte trotz Schiller nicht mehr ausreichen, was sich in der widersprüchlichen Hektik der als Finanzminister wie jetzt als Bundeskanzler getroffenen Entscheidungen ablesen läßt.

Mit dem neuen Band „Als Christ in der politischen Entscheidung“, erschienen im Bertelsmann-Verlag zum Juli 1976, *wird eine neue Komponente im Charakterbild des aggressiven Pragmatikers sichtbar*. Es handelt sich nicht um eine geschlossene Konzeption des früheren Hamburger Synodalen – eine Seite, die bisher für das breite Bewußtsein verhüllt blieb, wenigstens gilt das für mich, der

sich einige Mühe gab, in das Innere dieser Persönlichkeit einzudringen. Vielmehr werden ca. 15 Beiträge: Ansprachen, Reden und Aufsätze aus den sechziger Jahren bis zum heutigen Tage, wohl ausgewählt, gesammelt der Öffentlichkeit vorgestellt. Zur Einstimmung wird den qualitativ recht unterschiedlichen Beiträgen ein umfangreiches Interview mit *Siegfried von Kortzfleisch*, dem Chefredakteur der Lutherischen Monatshefte, vorausgeschickt, das sich an vielen Stellen in offenem Widerspruch zu zahlreichen Parteien in den Einzelbeiträgen setzt.

In der Einführung präsentiert Schmidt *eine Begründung für das timing August 76*. Ich gehe davon aus, daß er vom Leser, nicht nur aus dem Kreis der Opposition, im Ernst nicht erwartet, daß wir ihm abnehmen, daß der Wahlkampf nur per Zufall mit dem Erscheinen des Buches zusammenfällt. Vorwort, Interview und der z. T. sehr kämpferische Inhalt einiger Beiträge sind so eindeutig, daß man ohne Scheu von einem gekonnten Wahlkampfbeitrag sprechen darf. Gerade dann, wenn man dem Autor eine ernsthafte Kenntnis der christlichen Fundamente zubilligt, wie ich es nach der Lektüre dieser Sammlung tue, ist das Zugeständnis an den anerkannten taktischen Pragmatiker erlaubt. Bischof *Hermann Kunst*, selbst zu einer verehrten Institution in Bonn geworden, schickt dem Band ein abgewogenes Vorwort voraus. Er knüpft an Kanzlergestalten in der Deutschen Geschichte an, Georg Michaelis und Heinrich Brüning, deren politischer Weg ohne die Prägung durch ihren persönlichen Glauben und ihre Nähe zum Leben der Kirche nicht zu verstehen wären. Ich weiß nicht, warum Bischof Kunst, dem ein sehr enges Verhältnis zu einem hintergründigen Humor nachgesagt wird (ich könnte es belegen), gerade diese Beispiele gewählt hat, die von Schmidt nicht als Vorbilder eingestuft sind. Bismarck und Adenauer, nach deren Lorbeer und Habitus der Bundeskanzler eher Ausschau hält, können bei allem Pragmatismus eine tiefe Verwurzelung im christlichen Glauben, gerade in der Fassung der seelsorgenden Volkskirche, in Anspruch nehmen.

Die Bergpredigt und die Sozialisten

Die einzelnen Beiträge sind *Variationen von einigen Themen, die in wechselnder Fassung sich immer wieder an die Oberfläche drängen*. Bei dem Selbstbewußtsein, das wir an ihm kennen, vermeidet Schmidt alle Abstraktionen und jedes Theoretisieren. Ableitungen und Schlußfolgerungen stammen aus seinen persönlichen Erlebnissen. In gut bürgerlicher, protestantischer Konvention aufgewachsen, datiert er die Katharsis in seinem religiösen Empfinden auf das Kriegsjahr 1942, in dem ihm totale Niederlage und Zusammenbruch zur unvermeidlichen Gewißheit geworden sind.

Einen großen Raum nimmt die Schilderung der *Situation von Religion und Kirche nach Grundgesetz und Verfassungspraxis* ein. Die Beschreibung gipfelt in der wohl zu-

treffenden Feststellung, daß alle Bekenntnisse wohlgeborgen in einer fruchtbaren, gegenseitigen Partnerschaft von Staat und Kirche leben. Die Entstehungsgeschichte dieser noch bestehenden Harmonie bleibt unberührt. Das *beherrschende Thema, das fast in allen Beiträgen wiederkehrt, ist das Verhältnis von Sozialdemokratie und Christentum*. Im Anschluß an das bekannte Wort von Schumacher über die Sozialisten, die über die Bergpredigt zur Sozialdemokratie gekommen sind, erhebt Schmidt ein leidenschaftliches Plädoyer, das etwas gewaltsam zu dem Anspruch der Identität des sittlichen Wertgehaltes von Christentum und der im Godesberger Programm reformierten SPD führt.

Der Charakter des Buches als politische Hauptschrift wird deutlich *in der rigorosen Ablehnung schon der Möglichkeit christlicher Politik* in einem offenen, pluralen Mitbürgerstaat. Schmidt sieht in christlicher Politik eine ideologische Anmaßung, die den Ausschluß Andersdenkender zu gleichberechtigter politischer Mitwirkung involviert. Die etwas primitiv geratene Argumentation, daß es *keine aus dem christlichen Glaubensgut ableitbare praktische Anweisungen für politische Handlungen* gäbe, versperrt ihm die Einsicht in die Tatsache, daß es sehr wohl Tatbestände gibt, die einen unmittelbaren Bezug von politischen Entscheidungen zur Glaubens- und Sittenlehre christlicher Ausprägung haben. Gerade die jüngsten Entscheidungen des Bundestages zu § 218 und zum Familienrecht liefern einen offenkundigen Beweis. Die rhetorische Gegenüberstellung von § 218 und Einstellung christlicher Parteien zur Todesstrafe scheidet vor der Hürde dieser tiefer liegenden Fragestellung.

Volle Zustimmung kann Schmidt für seine These erwarten, daß der Staat nicht über die Transzendenz des Menschen und die Entscheidung über religiöse und sittliche Wertvorstellungen, die in der ursprünglichen und letzten Verantwortung des Einzelnen stehen, verfügen darf. Eine andere Sache ist die Frage, *welche Konsequenzen sich daraus für den Staat und den handelnden Staatsmann und Politiker ergeben*. Dürfen sie sich auf den Schutz dieser Entscheidungsfreiheit beschränken oder müssen sie nicht ihre Möglichkeit offenhalten, um diesen Werten über die Erkenntnis hinaus Geltung zu verschaffen, mindestens insoweit, als ihnen ein breiter Wertconsensus zur Seite steht?

Max Weber als rettender Ausweg

In einem nur ephemeren historischen Rückblick wird der geschichtliche Wandel im Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland abgehandelt, um zur Wunschform des Staatsmannes für kirchliche Betätigung in der seelsorgenden und verkündenden Volkskirche zu gelangen. Ungezwollt entfert sich Schmidt damit von der an anderer Stelle überzeugend und konsequent vertretenen Verbindlichkeit christlicher Wertordnung. Der Politiker Schmidt sucht den rettenden Ausweg in dem Gegensatzpaar von Gesinnungs- und Verantwortungsethik, wie es *Max Weber*, den

er immer wieder zitiert, formuliert hat. Die Grundrechte unserer Verfassung, vorzugsweise Art. 1 mit seinem übergreifenden Gebot der Achtung der Menschenwürde, wird zwar in seiner christlichen Verwurzelung gesehen, an vielen Stellen jedoch als Rechtsnorm relativiert. Schmidt scheut auch vor heiklen Fragen wie „Lüge in der Politik“ nicht zurück, nicht ohne spürbare Selbstgerechtigkeit den Splitter im Auge des politischen Gegners zu vergrößern. Der Realist Schmidt versagt sich deutlich dem liberalen und sozialistischen Vorurteil einer angeblichen menschlichen Anlage auf Fortschritt, Freiheit und volkserzieherisch zu sichernde Anerkennung christlicher Werte. Interessant ist die radikal-kritische Auseinandersetzung mit Paulus Röm 13 wie der Stelle bei Jeremias, in der gefangene Juden in Babylon aufgerufen werden, der Stadt (Babylon) Bestes zu suchen. Im Kontext anderer Beiträge bleibt die Haltung Schmidts gespalten. Oft ist *der rückkoppelnde Einfluß des Forums* auf die wechselnden Formulierungen zu den einzelnen Sachverhalten deutlich zu erkennen. Eine Anleihe bei Thomas von Aquin, der jede christliche Tugend unter die Oberhoheit der Klugheit stellt, hätte auch dem in der Verantwortungsethik stehenden Politiker einen adäquaten Ausweg gewiesen. Eine deutlichere Präferenz hat Schmidt für seine Deutung der nachkonziliaren Bewegung und den Toleranzanstoß von Johannes XXIII. Als bekennender Protestant und ehemaliger Synodale will er die Reformation Luthers nur in ökumenischer Haltung akzeptieren. Daß *politische Hirtenbriefe und Kanzelreden* von Schmidt nur sehr distanzierter Wohlwollen finden, kann nicht verwundern, obwohl er in einem Beitrag, wenn auch sehr bedingt, ausnahmsweise eine Zulässigkeit bejaht. Die *Frage nach Anlaß und Inhalt* politischer Hirtenbriefe und Kanzelreden wird umgangen. Denkschriften der evangelischen Kirche zur Ostpolitik und der Polen-

frage werden als hilfreicher Beitrag zur christlichen Versöhnungspflicht gewertet. Nur einmal, im Grußwort an die Evangelische Kirchensynode in Freiburg 1975, wird das Recht der Kirchen zur Teilhabe am politischen Willensbildungsprozeß anerkannt.

„Soviel Relativitätstheorie gefährdet die Überzeugungskraft“

In der Ansprache auf der Katholischen Akademie in Hamburg vom 23. 5. 76 lehnt sich der Autor sehr weit zum Fenster seines Amtssitzes hinaus, indem er das Recht der Kirche zur Kritik am Staat bejaht. In der Gegenfrage, welchen Beitrag die Kirchen zur Werterhaltung leisten, ist die Einschränkung sofort zur Stelle. Ein bedenklicher Passus findet sich in dem Satz „... nur was in der Gesellschaft an ethischen Grundhaltungen tatsächlich vorhanden ist, kann in den Rechtsetzungsprozeß eingehen und im Recht ausgeformt werden“. Soviel Relativitätstheorie gefährdet die Überzeugungskraft an anderer Stelle. Freundlich und versöhnlich muß die etwas romantisch klingende Anmerkung stimmen, daß die Kirche auch in der Liturgie den Christen nicht bevormunden soll. Daß ihm spitzfindiges Theologen-Gehabe zuwider ist, teilt Schmidt mit vielen Gleich- und Andersgesinnten.

Auch wenn der Band seine Zweckbestimmung als wohltemperierter Wahlkampfbeitrag nicht verleugnen kann, ist die Auswahl kirchenpolitischer Beiträge eines amtierenden Bundeskanzlers bei aller Kunst des Eklektizismus ein interessanter Vorgang. Für einen großen Teil seiner Gesinnungsfreunde keine leichte Lektüre, für den politischen Gegner eine willkommene Fußnote für einen Erinnerungsposten.

Hermann Höcherl

Kurzinformationen

Der Zentralausschuß des Weltkirchenrats tagte vom 10. bis 18. August 1976 in Genf. Es war die erste Versammlung dieses in der Zeit zwischen den Vollversammlungen entscheidenden Gremiums des Ökumenischen Rates seit der Weltkirchenkonferenz von Nairobi. Dort waren die Mitglieder des 130köpfigen Zentralausschusses neu gewählt worden. Die Sitzung des Zentralausschusses wurde offiziell als der eigentliche Abschluß der Vollversammlung von Nairobi bezeichnet, insofern sie die dort gefaßten grundsätzlichen Beschlüsse in praktische Maßnahmen bzw. Empfehlungen umsetzen sollte. Die in Nairobi allgemein registrierte verstärkte Besinnung auf Themen des spirituellen und theologischen Fundaments des ÖRK kam denn auch in der vom Zentralausschuß verabschiedeten *Projektierung der größeren Veranstaltungen* bis zur nächsten Vollversammlung zum Tragen. Die nächste Sitzung des Zentralausschusses wird unter dem Hauptthema „Mission und Evangelisation“ stehen. Sie wird

– aus Gründen der Sparsamkeit – wieder in Genf stattfinden. 1978 wird die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung eine Tagung über die Grundsatzstudie „Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist“ (zu der bereits seit längerer Zeit Vorarbeiten geleistet werden) abhalten. Im Jahr 1979 wird eine Konferenz über das Thema „Eine gerechte, partizipatorische und verantwortbare Gesellschaft“ veranstaltet, und vor der nächsten Vollversammlung wird man sich noch einmal auf einer Weltmissionskonferenz dem Thema der Evangelisation widmen. Weniger brisant als erwartet verliefen in Genf die Diskussionen über die *Menschenrechte*. Die Tatsache, daß in Nairobi zum erstenmal im ÖRK die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion beim Namen genannt wurde, hatte damals zu scharfen Reaktionen der russisch-orthodoxen Delegierten bis hin zu Austrittsdrohungen geführt (vgl. HK, Februar 1976, 97f.). Auf einer geschlossenen Tagung zu diesem Komplex Ende Juli in Montreux